



Pressekorrespondenz des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV) Freiburg i. Br.

Freiburg, 8. April 2021

e/ni

bbd 02/21

BLHV zu Koalitionsverhandlungen zwischen GRÜNEN und CDU

„Grün-Schwarz muss dafür Sorge tragen, dass die Landwirtschaft in Baden-Württemberg zukunftsfähig wird“, fordert BLHV-Präsident Werner Räßle anlässlich der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen. „Unsere Eckpunkte für eine zukunftsfähige Landwirtschaft haben wir bereits an die südbadischen Landtagsabgeordnete:innen verschickt - wir setzen darauf, dass diese auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen berücksichtigt werden“, so Räßle weiter. Wichtige Handlungsfelder für den BLHV sind unter anderem die Aus- und Weiterbildung in der Landwirtschaft, das Marketing für heimische Lebensmittel, die Förderung von jungen Landwirtinnen und Landwirten. Auch der Klimawandel wird ein wichtiges Thema sein: zum einen braucht die Landwirtschaft Unterstützung bei der Anpassung, zum anderen kann die Landwirtschaft ihren Teil zum Klimaschutz beitragen.

Die Grünen sowie die CDU erklärten schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen, dass Klimaschutz einen wichtigen Stellenwert in den Koalitionsverhandlungen einnehmen werde. Für die Landwirtschaft sei hier wichtig, dass nicht neue Auflagen gemacht werden, sondern die Beratung und Ausbildung der Landwirtinnen und Landwirte in Angriff genommen wird. Weiterhin gibt Räßle zu bedenken, es sei langfristig keine Option, dass die Landwirtschaft in Baden-Württemberg zwar führend in Arten- und Klimaschutz sei, aber beim Einkommen weiterhin auf den letzten Plätzen verweile. Hier müsse auch der Gesellschaftsvertrag ansetzen, der laut BLHV als prioritäres Ziel im Koalitionsvertrag verankert werden sollte. Zudem müsse sich die Landesregierung auch auf Bundes- sowie EU-Ebene für eine angepasste Handelspolitik einsetzen: „Es kann nicht sein, dass wir unter höchsten Klima- und Umweltstandards Lebensmittel erzeugen und gleichzeitig mit Importware konkurrieren müssen, die diese Standards nicht im Ansatz erfüllen“, fordert Räßle. Auch müssten die Umschichtungsmittel der Ersten Säule in Baden-Württemberg einkommenswirksam zur Verfügung gestellt werden.

BLHV fordert neue Bildungsarchitektur

Auch bei der Aus- und Weiterbildung der Landwirtinnen und Landwirte sieht der BLHV dringenden Handlungsbedarf: „Neue Herausforderungen kommen auf die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen zu, darum muss auch die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung grundsätzlich auf den Prüfstand. Dazu ist es notwendig, Bildung über die Schulzeit hinaus zu denken und Landwirtinnen und Landwirten ein lebenslanges Lernen in allen Bereichen ihrer beruflichen Aufgaben zu ermöglichen“, so Räßle. Weiterhin fordert der BLHV eine bessere Förderung junger Landwirtinnen

und Landwirte: „Nur bei einem Drittel der Betriebe in Baden-Württemberg ist die Hofnachfolge gesichert. Grün-Schwarz muss dafür Sorge tragen, dass junge Landwirtinnen und Landwirte sich in Baden-Württemberg niederlassen, Betriebe übernehmen und erfolgreich weiterentwickeln. Dafür müssen Förderprogramme angepasst und die Ausbildung attraktiver gestaltet werden. Auch Quereinsteigern sollte die Übernahme von landwirtschaftlichen Betrieben durch Beratung und Förderung erleichtert werden“, fordert Räßle.

Lebensmittel wertorientiert vermarkten

Bei der Vermarktung von heimischen Lebensmitteln hebt der BLHV hervor, dass der Absatz und die Wertschöpfung in der Verarbeitung von heimischen Lebensmitteln noch nicht die Erwartungen der Landwirtinnen und Landwirte erfüllt und fordert eine wertorientierte Markenstrategie für heimische Lebensmittel unter Einbindung des Lebensmitteleinzelhandels. „Dabei muss auch das verarbeitende Gewerbe berücksichtigt und mit Blick auf die eher kleinteilige Anbau- sowie Erzeugerstruktur in Südbaden zielführend gefördert werden“, ergänzt Räßle.

Ihr bbd

Gemeinsam die Landwirtschaft zukunftsfähig machen - Sieben Eckpunkte für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

1. Neue Bildungsarchitektur

Neue Herausforderungen kommen auf die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen zu, darum muss auch die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung neu gedacht werden. Wir plädieren dafür eine neue Bildungsarchitektur einzuführen, die aktuell und zukünftig wichtigen Inhalten den nötigen Raum bietet, um diese solide zu vermitteln. Diese neue Bildungsarchitektur geht über die Schulzeit hinaus und ermöglicht Landwirtinnen und Landwirten ein lebenslanges Lernen in allen Bereichen ihrer beruflichen Aufgaben. Die neue Bildungsarchitektur muss auch zu einer finanziellen Entlastung der landwirtschaftlichen Ausbildungsbetriebe führen, so dass sich die Betriebsleiter nicht mehr gezwungen fühlen entscheiden zu müssen zwischen einer adäquaten Ausbildung und der Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes.

2. Lebensmittel wertorientiert vermarkten und verarbeiten

Lebensmittel aus unserer Region haben bereits einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Jedoch erfüllen der Absatz und die Wertschöpfung in der Verarbeitung von heimischen Lebensmitteln noch nicht unsere Erwartungen. Um das Potenzial voll ausschöpfen zu können, muss eine wertorientierte Markenstrategie für heimische Lebensmittel unter Einbindung des Lebensmitteleinzelhandels entwickelt und umgesetzt werden. Das verarbeitende Gewerbe muss mit Blick auf die eher kleinteilige Anbau- sowie Erzeugerstruktur in Südbaden zielführend gefördert werden, hierbei muss ein besonderer Fokus auf die Verwertung von Lebensmitteln tierischer Herkunft gerichtet werden.

3. Wald und Landwirtschaft klimaresilient machen

Die Land- und Waldbewirtschaftung muss sich an ein neues Klima anpassen und ist dafür auf die Unterstützung des Landes angewiesen. Zum einen im Rahmen von Investitionsförderungen für klimastabile Anbaumethoden, wie zum Beispiel Bewässerungsanlagen oder auch die Mehrgefahrenversicherung. Grundlage für den Anpassungsprozess ist aber auch, dass der Wissenstransfer von der Forschung in die Praxis gelingt. Dafür müssen Erkenntnisse aus der Klimaanpassung und dem Klimaschutz in alle Bildungs- und Beratungsebenen integriert werden. Da unser Wald zum einen eine entscheidende Rolle im Klimaschutz, zum anderen aber in besonderem Maße vom Klimawandel betroffen ist, muss der klimaresiliente Waldumbau finanziell gefördert und durch eine qualifizierte Beratung begleitet werden.

4. Grünlandbetriebe erhalten

In den vergangenen 40 Jahren ist die Zahl der Rinder in Baden-Württemberg um die Hälfte zurück gegangen mit schwerwiegenden Folgen für unsere Kulturlandschaft, den Artenschutz sowie für die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel aus unserer Region. Um dieser Entwicklung zu begegnen, sollte die Landesregierung gemeinsam mit Naturschutz- und Landwirtschaftsverbänden eine praxisorientierte Strategie für den Erhalt der Weidetierhaltung auf den Weg bringen. Kernelemente dieser Strategie sind neben Entbürokratisierungsmaßnahmen zur Entlastung und praxisorientierte Förder- sowie Investitionsprogramme für den Stallneu- und -umbau.

5. Biodiversitätsstärkungsgesetz weiterführen

Das Biodiversitätsstärkungsgesetz muss unberührt fortgeführt werden. Dafür muss unbedingt die Finanzierung der Förder- und Investitionsmaßnahmen langfristig sichergestellt werden, außerdem darf vom Grundsatz der Freiwilligkeit und vom kooperativen Naturschutz nicht abgerückt werden. Sollten die gesetzten Ziele, wie Reduktion der Pflanzenschutzmittel oder Ausbau der biologischen Landwirtschaft, nicht eingehalten werden, dann darf die Landwirtschaft dafür nicht in die Pflicht genommen werden.

6. Junge Betriebe fördern

Die Zukunft unserer Landwirtschaft liegt in den Händen der jungen Landwirtinnen und Landwirte. Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass sie ihre Betriebe in Baden-Württemberg gründen und erfolgreich weiterentwickeln. Förderprogramme im Rahmen der GAP sowie des Agrarförderprogramms sind auf die spezifischen Belange junger Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter anzupassen. Bei der Gewinnung von landwirtschaftlichen Fachkräften spielen sog. Quereinsteiger (z.B. Personen mit landwirtschaftlicher Ausbildung, aber ohne landwirtschaftlichen Betrieb in der Familie) eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie brauchen spezielle Beratungsangebote und entsprechende Förderung sowie Zugang zu Kapital, Land und Märkten.

7. Gesellschaftsvertrag

Wir sprechen uns dafür aus, dass die Erarbeitung eines Gesellschaftsvertrags von der nächsten Landesregierung als prioritäres Ziel im Koalitionsvertrag verankert wird. Es bedarf jedoch einer verlässlichen Zusage der Landesregierung, dass für die Erarbeitung und inhaltliche Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags ausreichend finanzielle Mittel und personelle Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Zusätzliche landwirtschaftliche Förder- und Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Gesellschaftsvertrages bedürfen zusätzlicher Finanzmittel, für die Erarbeitung und Umsetzung des Gesellschaftsvertrags dürfen keine Gelder bestehender Programme umgeschichtet werden. Weiterhin sollten bereits bestehende Dialoggremien, wie der Kulturlandschaftsrat, bei der Entwicklung des Gesellschaftsvertrages eingebunden werden.